



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Tierschutzverein für Berlin und Umgebung Corporation e. V.
Hausvaterweg 39
13057 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN
Fon: 030 - 4692-140
Fax: 030 - 4692-166
anett.seltz@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd.berlin

Berlin, 02. Augst 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrte Frau Rönspieß,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen der SPD für den Tierschutz in Berlin.

Das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter: https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin_Landeswahlprogramm.pdf

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

Lina Najmi

Inhalt

1)	Hunde in Berlin.....	3
a)	Freilaufflächen Situation.....	3
b)	Rasseliste.....	3
2)	Für eine Forschung ohne Tierversuche	3
a)	Fokus auf Ersatzmethoden	3
b)	Solidaritätsabgabe für Versuchstiere.....	4
c)	Verbot schwerst belastender Tierversuche	4
d)	Tierversuche an Hochschulen.....	5
3)	Tierschutz und Bildung	5
4)	Tiernutzung in der Unterhaltungsindustrie	6
a)	Wildtiere im Zirkus	6
b)	Tiernutzung auf Jahr- und Weihnachtsmärkten	6
5)	Heimtierschutz.....	6
a)	Illegaler Heimtierhandel	6
b)	Heimtierschutzgesetz.....	6
6)	Jagd.....	6
7)	Heimatlose domestizierte Tiere in Berlin	7
8)	Tierschutz und Ernährung	7
9)	Unterstützung der Veterinärbehörden.....	7
10)	Silvesterböllerei beenden.....	7
11)	Artenschutz in Berlin	8
a)	Invasive Arten	8

1) Hunde in Berlin

a) Freilaufflächen Situation

Wird Ihre Partei weitere Auslaufflächen im Berliner Stadtgebiet schaffen? Wenn ja, wo? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Hunde gehören zu Berlin und müssen bei der Stadtplanung entsprechend berücksichtigt werden. Die Berliner SPD wird sich dafür einsetzen, gemeinsam mit den Bezirken das Angebot an Hundefreilaufflächen in der ganzen Stadt zu erhöhen – insbesondere jedoch in den östlichen Stadtteilen, wo ein hoher Bedarf an Freilaufflächen besteht.

b) Rasseliste

Wird Ihre Partei sich für die Abschaffung der Rasseliste in Berlin einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Die Gefährlichkeitseinstufung wird nicht unmittelbar durch die Rassezugehörigkeit bestimmt. Deshalb steht die Berliner SPD der Rassenliste kritisch gegenüber und wird ihre Abschaffung prüfen.

c) Sachkundenachweis

Wird Ihre Partei die Einführung eines solchen Hundeführerscheins in Berlin fordern? Wenn nein, warum nicht?

Nein. Einen obligatorischen Sachkundenachweis für alle Hundebesitzer:innen in Berlin planen wir nicht, aber wir setzen uns dafür ein, das öffentliche Informationsangebot für Hundebesitzer:innen auszubauen.

2) Für eine Forschung ohne Tierversuche

a) Fokus auf Ersatzmethoden

Wird Ihre Partei den Ersatz von Tierversuchen (Replace) verstärkt fördern? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Für die Berliner SPD ist klar: Tierversuche müssen auf das absolut notwendige Mindestmaß reduziert werden und soweit wie möglich abgeschafft. Und zwar immer dort, wo es wissenschaftlich geprüfte Alternativmethoden gibt, um wissenschaftliche Fragen zu klären oder die Gefährlichkeit von Stoffen für den Menschen zu bewerten. In der Praxis hat sich vor allem das sogenannte 3-R-Konzept (*Replacement, Reduction, Refinement*) etabliert. Bereits heute gibt es eine große Zahl vielversprechender Ansätze, um Tierversuche erfolgreich zu vermeiden, diese auf ein Mindestmaß zu reduzieren oder das Leiden von Versuchstieren zu verringern. Allerdings gelangen viele Verfahren und Methoden nicht in die breite Anwendung. Dies führt dazu, dass Tierversuche derzeit vor allem noch bei zulassungsrelevanten Wirksamkeits- und Sicherheitsprüfungen von Arzneimitteln, Medizinprodukten und Chemikalien unerlässlich sind. Es gibt viele innovative Beispiele, um Tierversuche erfolgreich, langfristig und nachhaltig zu reduzieren oder das Leiden von Tieren zu minimieren. Häufig fehlen aber noch Entwicklungs- und Validierungsschritte, um diese Methoden in enger Zusammenarbeit mit den Zulassungsbehörden zertifizieren und in die praktische Anwendung überführen zu können. Bereits heute gibt es unterschiedliche Plattformen, die Alternativen zu Tierversuchen auflisten. So etwa zum Beispiel die Datenbank „NAT Database (Non-Animal Technologies)“ von „Ärzte gegen Tierversuche e.V.“. Insbesondere für den Schritt der Zertifizierung und der Überführung in die praktische Anwendung braucht es mehr als solche Datenbanken. Entscheidend ist vor allem die Ausgestaltung des Transferprozesses. Deutschland kann hier eine internationale Vorreiterrolle einnehmen, um innovative Ansätze wirksam weiterzuentwickeln und aktuell noch bestehende Hürden in der Akzeptanz von Alternativmethoden zu überwinden. Hierfür

braucht es eine strategische Herangehensweise, um die zahlreichen Aktivitäten der verschiedenen Player aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Deshalb will die SPD im Bund den Aufbau einer nationalen Translationsplattform für tierversuchsfreie Alternativmethoden. Eine solche Plattform kann nur erfolgreich sein, wenn es eine enge Kooperation zwischen den beteiligten Forschungsorganisationen, Industriepartnern und den Zulassungsbehörden gibt. Konkret soll eine solche Plattform in Zukunft alle tierversuchsfreien Alternativmethodenerfassen und diese in Kooperation mit den beteiligten Wissenschaftsorganisationen, den Industriepartnern und den Zulassungsbehörden gezielt in die Anwendung bringen.

Tierversuchsfreie Alternativmethoden basieren auf innovativen Verfahren und Grundlagen. Deutlich wird dies beispielsweise an Biochips, mit Hilfe derer man unterschiedliche Organe innerhalb einer Zellkultur teilweise simulieren kann (Organ-on-a-chip) oder an komplexen Computersimulationen, die mit kluger und gezielter Förderung eines Tages auch von Quantencomputern berechnet werden könnten. Derzeit fließen aus Sicht der SPD zu wenige staatliche Forschungsgelder in die Erforschung tierversuchsfreier Alternativmethoden. Das wollen wir in der Zukunft verändern. Die gezielte Entwicklung und Förderung tierversuchsfreier Forschungsmethoden und -verfahren ist jedoch sehr wichtig. Denn nicht alle Alternativen gelangen auch direkt in die Anwendung. Hier gilt es insbesondere regulatorische Hemmnisse zugunsten tierversuchsfreier Alternativmethoden abzubauen. Bei der Förderung für Alternativen zu Tierversuchen sollte darauf geachtet werden, dass explizit der Ersatz von Tierversuchen gefördert wird und die Finanzmittel nicht für das Refinement im Sinne des 3R-Prinzips verwendet werden – hier sollte es eine separate Förderung geben.

b) Solidaritätsabgabe für Versuchstiere

Wird Ihre Partei die Betreuung und die Vermittlung von Versuchstieren durch Tierschutzvereine finanziell unterstützen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Die Berliner SPD schätzt den wertvollen Einsatz der Berliner Tierschutzvereine an, Versuchstieren ein Leben nach dem Labor zu ermöglichen und wird sich dafür einsetzen, diese Arbeit entsprechend zu würdigen und finanziell zu fördern. Form und Rahmen dieser Förderung wollen wir künftig im Dialog mit den Berliner Tierschützer:innen und Tierschutzvereinen beraten.

c) Verbot schwerst belastender Tierversuche

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, Tierversuche mit dem Schweregrad 3 zu verbieten? Antwort bitte begründen.

Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der der Fortschritt nicht auf dem Leid von Lebewesen basiert. Wir Sozialdemokrat:innen wollen daher Tierversuche durch innovativste wissenschaftliche Alternativverfahren ersetzen und somit den Wissenschaftsstandort Berlin nachhaltig stärken. Die EU-Tierversuchsrichtlinie verbietet Verfahren, die starke Schmerzen, schwere Leiden oder schwere Ängste verursachen, die zusätzlich lang anhalten und nicht gelindert werden können. Auch in Deutschland sind solche besonders belastenden Versuche gemäß der Tierschutz-Versuchstierverordnung (§25 TierSchVersVnr) in absoluten Ausnahmefällen und nur unter Vorbehalt genehmigungsfähig. Daran wird sich die SPD halten.

d) Tierversuche an Hochschulen

Wird Ihre Partei die Lehre an Berlins Hochschulen auch ohne Tierversuche ermöglichen? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Die Berliner SPD arbeitet darauf hin, in der Brain City Berlin Spitzenforschung durch Alternativmethoden zu Tierversuchen zu stärken. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, die Verwendung von Tieren in der Lehre möglichst weitgehend einzuschränken und geeignete Lehrmethoden und -materialien zu entwickeln, die insbesondere das Töten von Tieren für Lehr- und Forschungszwecke reduzieren und möglichst ganz vermeiden. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode einen entsprechenden Antrag im Abgeordnetenhaus verabschiedet und den Berliner Senat beauftragt, mit einer entsprechenden Novellierung des Hochschulgesetzes, die tierversuchsfreie Lehre und Forschung an Berliner Hochschulen zu stärken.

e) Verbandklage

Wird Ihre Partei es ermöglichen, zukünftig im Bereich der Tierversuche ebenfalls die Anfechtungsklagen anzuwenden? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?

Die Berliner SPD hat sich in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, ein weitgehendes Tierschutzverbandsklagegesetz für Berlin auf den Weg zu bringen. Somit können anerkannte Tierschutzverbände Tierrechte per Klageweg durchsetzen. Diesen Ansatz halten wir bisher für ausgewogen.

f) Ausstiegsplan aus dem Tierversuch

Wird Ihre Partei sich für die Erarbeitung eines konkreten Ausstiegsplans aus dem Tierversuch einsetzen? Wenn ja, wie und mit welchen Akteur*innen? Wenn nein, warum nicht?

Ja. In unserem Bundeswahlprogramm sprechen wir uns für die Aufsetzung einer Gesamtplanung aus, die Wege für einen perspektivischen Ausstieg aus Tierversuchen aufzeigt. Zugleich wollen wir die Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren noch stärker fördern. Bereits auf den Weg gebracht haben wir im Bund den Aufbau einer nationalen Translationsplattform für tierversuchsfreie Alternativmethoden. Diese soll in naher Zukunft dabei helfen, Tierversuche dort zu ersetzen, wo dies möglich ist und tierversuchsfreie Alternativmethoden weiterentwickeln. Zu Tierversuchen zählen wir hier die Nutzung von Tieren zu diagnostischen Zwecken oder beispielsweise zur Produktion von Antisera. In der jüngeren Vergangenheit zeigte sich, dass Versuchstieren noch immer viel zu oft unnötig Leid zugefügt wurde. Beispielsweise hatten Tierschützer:innen im Oktober 2019 aufgedeckt, dass in einem Labor der Firma „Laboratory of Pharmacology GmbH & Co. KG“ unter anderem Hunde und Affen misshandelt worden waren. Solche Fälle zeigen, dass trotz regelmäßiger Kontrollen Veterinär:innen oder die zuständigen Ämter Verstöße gegen die geltenden Tierschutzbestimmungen nicht immer sofort registrieren und somit beenden können.

3) Tierschutz und Bildung

Wird Ihre Partei Tierschutz und Tierethik in Lehrplänen und Curricula stärken sowie die Tierschutzbildung durch Tierschutzvereine finanzieren? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Tierethik ist wesentlicher Bestandteil des natur- und umweltpädagogischen Bildungsauftrags der Berliner Schulen. Deshalb wird Tierschutz weiterhin im Fach Ethik sowie im Biologieunterricht thematisiert werden. Auch im außerschulischen Bereich leisten die Berliner Tierschutzvereine einen wertvollen Beitrag zum natur- und umweltpädagogischen Engagement des Landes. Die Berliner SPD

wird sich weiterhin dafür einsetzen, diese wertvolle Arbeit mit auskömmlicher Förderung in Berlin zu ermöglichen.

4) Tiernutzung in der Unterhaltungsindustrie

a) Wildtiere im Zirkus

Wird Ihre Partei ein berlinweites Verbot von Tiernutzungen auf Jahrmärkten, Weihnachtsmärkten und ähnlichen Festveranstaltungen fordern? Antwort bitte begründen.

b) Tiernutzung auf Jahr- und Weihnachtsmärkten

Wird Ihre Partei Wildtierleid in Zirkussen bei Berliner Gastspielen beenden? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 5) und 6) werden zusammen beantwortet.

In der Gesellschaft ist längst die Einsicht gewachsen, dass eine artgerechte Haltung von Wildtieren in Zirkussen und Märkten nicht gewährleistet werden kann. Die Berliner SPD will sich deshalb im Bund für allgemeines Verbot von Wildtieren in Zirkussen und Märkten einsetzen. Solange dies noch nicht erreicht ist, sind Kommunen aufgefordert, keine Auftritte von Wildtierzirkussen zulassen.

c) Kutschpferde in der Stadt

Wird Ihre Partei die Kutschfahrten in Berlins Innenstadt beenden?

Ja. Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht aus tourismuswirtschaftlichem Interesse. So verzichten immer mehr Metropolen auf Pferdekutschen, zum Beispiel London und Paris. Mit dem Erlass der Berliner Richtlinien für Pferdefuhrwerksbetriebe haben wir die Auflagen beispielsweise zur Einhaltung von Pausenzeiten und der sogenannten Hitzefreiheit deutlich verschärft. Perspektivisch soll es in Berlin auf Kutschfahrten ganz verzichtet werden.

5) Heimtierschutz

a) Illegaler Heimtierhandel

Wird Ihre Partei den illegalen Tierhandel unterbinden? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Ja. Heimtiere sind für viele Berliner:innen wichtige Lebensbegleiter:innen. Die SPD will ein modernes Heimtierschutzgesetz, das die Würde und das Wohlergehen der Tiere schützt. Zum Schutz der Hunde aber auch zum Schutz der Käufer:innen und Halter:innen, muss dem illegalen Hundehändler:innen besser Einhalt geboten werden. Den illegalen Welpenhändler:innen kann nur das Handwerk gelegt werden, wenn ihnen die Chance zum Verkauf der Tiere durch schnelles Eingreifen der Behörden genommen wird. Die Aufklärung der potentiellen Hundehalter:innen über die möglichen Leiden der Welpen muss verstärkt werden.

b) Heimtierschutzgesetz

Wird sich Ihre Partei im Bundesrat für die Einführung des längst überfälligen Heimtiergesetzes, welches neben Regelungen zu Haltung, Zucht und Handel auch eine generelle Pflicht zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren beinhaltet, einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Wir wollen vom Artikel 20a Grundgesetz konsequent Gebrauch machen und Tierschutzregelungen im Land wie Bund verankern. Eine Identifizierung und Registrierung von Katzen und Hunden ist eine Schlüsselbedingung für die Gewährleistung der Kontrolle, Durchsetzung und Rückverfolgbarkeit.

6) Jagd

Wird Ihre Partei eine tierschutz- und wildtierfreundliche Novelle des Berliner Jagdgesetzes initiieren?

Die Berliner SPD ist für eine Novelle des Landesjagdgesetzes und dabei sollen sowohl tierschutzrechtliche als auch ökologische Aspekte berücksichtigt werden.

7) Heimatlose domestizierte Tiere in Berlin

a) Stadtaubenmanagement

Wird Ihre Partei die Einrichtung und Finanzierung eines berlinweiten Taubenmanagements sicherstellen? Wenn ja, wie wird Ihre Partei das Taubenmanagement in den Bezirken umsetzen?

Ja. In dieser Legislaturperiode haben wir bereits ein Rahmenkonzept für ein Berliner Taubenmanagementsystem auf den Weg gebracht, das zunächst eine zweijährige Pilotphase vorsieht. Das Konzept sieht die Errichtung von insgesamt 12 Taubenschlägen und Taubenwagen an neun Standorten in Berlin vor. Eine hauptamtliche Leitung wird die Arbeit der anderen Beteiligten, insbesondere den ehrenamtlich Tätigen, koordinieren. Eine wesentliche Komponente des Pilotprojekts stellt neben den betreuten Taubenschlägen eine Auffangstation dar, in der verletzte/krankte Berliner Stadtauben und/oder verwaiste Jungvögel abgegeben, veterinärmedizinisch versorgt und in Volieren bis zur Freilassung gepflegt werden.

b) Kastrationsgelder für Katzen

Wird Ihre Partei weiterhin Gelder für die Kastration freilebender Katzen bereitstellen? Wenn ja, in welcher Höhe?

Ja. Die SPD wird die Kastration freilebender Katzen weiterhin aus Haushaltsmitteln bedarfsgerecht gewährleisten.

8) Tierschutz und Ernährung

Wird Ihre Partei die pflanzenbasierten Mittagsangebote auf allen Speiseplänen der Berliner Gemeinschaftsverpflegung steigern?

Ja.

9) Unterstützung der Veterinärbehörden

Wird Ihre Partei die Berliner Behörden finanziell sowie personell vollumfänglich stärken, damit die Durchsetzung des Tierschutzgesetzes sowie der Tierschutz-Versuchstierverordnung vollends gelingt?

Um die Regulierungen und Ziele zum Schutz des Tierwohls in Berlin umzusetzen, ist eine entsprechende Personalausstattung unabdingbar. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Veterinärbehörden eine feste Personalausstattung mit den entsprechenden Sachmitteln erhalten.

10) Silvesterböllerei beenden

Wird Ihre Partei die Silvesterböllerei beenden? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Laut Umweltbundesamt werden jährlich fast 5.000 Tonnen Feinstaub (PM10) durch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern freigesetzt, der größte Teil davon in der Silvesternacht. Diese Menge entspricht in etwa 17% der jährlich im Straßenverkehr abgegebenen Feinstaubmenge. Für Wildtiere, Hunde und Katzen ist der ungewohnt und anhaltende Lärm, die hellen Blitze und die unbekanntes Gerüche eine fortdauernde Stresssituation die mitunter als lebensbedrohliche Situation wahrgenommen wird. Auch in Berlin ist seit Jahren eine starke Zunahme des Abbrennens von Feuerwerkskörpern bei Jahreswechselln zu beobachten. Ein enormer Anstieg der Feinstaubbelastung

insbesondere in Berliner Innenstadtlagen ist die Folge. Vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt, der immer enger werdenden öffentlichen Räume und der zunehmenden Unfälle, sollen eng bebaute Innenstadtlagen dauerhaft und spürbar entlastet werden. Mit Beschluss vom 26. 09.2018 hat das Abgeordnetenhaus auf Initiative der SPD-Fraktion den Senat u.a. aufgefordert, zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung Zonen einzurichten, in denen das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie F2 untersagt ist und den Verkauf von Feuerwerk und insbesondere Böllern auf öffentlichen Liegenschaften zu untersagen und bis zu einem Verkaufsstopp beim Handel dafür zu werben, Böller mit sehr lauter Knallwirkung aus dem Sortiment zu nehmen.

11) Artenschutz in Berlin

a) Invasive Arten

Wird Ihre Partei Tierheime und Auffangstationen, die zur Aufnahme invasiver Arten gezwungen sind, finanziell unterstützen? Wenn ja, welche Maßnahmen sind darüber hinaus geplant?

Ja. Die SPD hat 2017 mit dem Durchführungsgesetz die EU-Verordnung zu invasiven Arten im Bund umgesetzt. Auch in Berlin arbeiten wir daran, im Rahmen der Managementmaßnahmen tierschutzgerechte Lösungen für die Aufnahme und Unterbringung zu finden. So unterstützen wir durch einen Ausgabenersatz die Unterbringung von gefundenen oder abgegebenen Tieren in Tierheimen und ähnlichen Einrichtungen. Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen notwendig wie beispielsweise die Überkletterschutzmanschetten an Horst- und Höhlenbäumen schutzbedürftiger Arten oder Einzäunung (mit Überkletterschutz) von Vorkommensgebieten gefährdeter Arten.